



Herrn
 Bernd Paulus
 Vorsitzender des Bau- und Liegenschaftsausschusses
 Herrn Bürgermeister
 Ulrich Schulte
 Stadt Plettenberg
 Grüenstr. 12
 58840 Plettenberg

Plettenberg, 04.06.2021

- per e-Mail -

Antrag: Die städtischen Liegenschaften sanieren und 18 Millionen Euro in die kommunale Energiewende haushaltsneutral investieren. Klimaschutz rechnet sich.

Sehr geehrte Herren Paulus und Schulte,
 Sehr geehrte Damen und Herren,

Die GRÜNE Ratsfraktion beantragt:

1. **Die für Plettenberg aktuell zur Verfügung stehenden Strukturmittel in Höhe von 18 Millionen Euro in die kommunale Energiewende (Strom, Wärme, Mobilität) zu investieren. 0,0 % Kreditzinsen (zurzeit sogar Minus-Zinsbereich) und 5 - 50% Zuschuss ermöglichen eine haushaltsneutrale Finanzierung.**
2. **Die Prüfung, ob eine haushaltsneutrale 100% Finanzierung über die verfügbaren Strukturmittel für die Stadt sinnvoll ist.**
3. **Wir schlagen vor, zunächst in die kommunalen Liegenschaften zu investieren und diese sukzessive energetisch zu modernisieren. Wichtig ist uns neben einer optimalen umweltfreundlichen und möglichst CO2-freien Wärmeversorgung auch die sommerliche Kühlung vor dem Hintergrund von zunehmender Hitzebelastung im Zuge des Klimawandels. Dies gilt besonders für Schulen, Kitas und Pflegeheime. In diesem Zusammenhang sollte auch der Einbau der beschlossenen Raumluftechnischen Anlagen (Corona-Pandemie) umgesetzt werden.**
4. **Die Erstellung einer Prioritätenliste und eines Umsetzungs-Fahrplans zunächst bis 2025.**
5. **In einem ersten Schritt möglichst viele Dächer der kommunalen Liegenschaften mit Solaranlagen auszustatten (Je nach Nutzung und Eignung des Gebäudes mit Photovoltaik und / oder Solarthermie). Über das vorhandene Solarkataster können**

Potential und Kosten zumindest für eine erste Grobabschätzung schnell ermittelt werden.

- 6. Die aktuell geplanten Maßnahmen im Hochbauprogramm auf die Wirtschaftlichkeit, die energetische Zielsetzung und die Nutzung der Förderoptionen zu untersuchen. Diese sollten in der Prioritätenliste entsprechend eingeordnet werden.**
- 7. In diesem Zusammenhang auch ein Überdenken der Maßnahmen im Albert-Schweizer-Gymnasium. Ein BHKW erscheint uns wenig sinnvoll, denn es wird mit Erdgas betrieben. Auch hier sollte zunächst ein umfassendes Sanierungskonzept erarbeitet werden, um den Energiebedarf zu senken. Für die verbleibende Menge sollte eine möglichst CO₂-neutrale Energieversorgung angestrebt werden.**

Begründung:

Die schwierige Situation der Wirtschaft in der Krise hat zu einem Einbruch der Gewerbesteuererinnahmen geführt. Laut Haushaltsentwurf des Kämmers wird das Eigenkapital der Stadt durch die Jahresfehlbeträge in den nächsten 4 Jahren von aktuell 115 Millionen auf 97 Millionen Euro abschmelzen, also um 18 Millionen Euro.

Durch Investitionen in die energetische Gebäudesanierung in Höhe von den zur Verfügung stehenden Strukturmitteln von 18 Millionen Euro können Wertsteigerungen bei kommunalen Liegenschaften und Betrieben erreicht werden, die das Abschmelzen des Eigenkapitals ausgleichen.

Die vorgeschlagenen Investitionen rechnen sich betriebswirtschaftlich, sind 100% finanziert über KfW-Kredite und damit haushaltsneutral. Die Kredite werden durch eingesparte Energiekosten zurückgezahlt und insbesondere nach der Tilgung der Kredite sind die Einsparungen langfristig haushaltswirksam.

Durch die Wertsteigerung der öffentlichen Gebäude, die Energie-Einsparungen und damit Vermeidung hoher Kosten durch fossile Brennstoffe (jährlich steigende CO₂-Steuer!) kommt es sogar zu Eigenkapitalzuwachs. Die kommunale Energiewende rechnet sich: Klimaschutz lässt sich verbinden mit wirtschaftlichen Vorteilen. Handwerk und Gewerbe profitieren und Geld fließt mit der Gewerbesteuer zurück in die Stadtkasse. Die Stadtwerke könnten sich mit neuen Geschäftsfeldern einbringen und die Stadt Plettenberg eine Vorreiterrolle einnehmen.

Neben der wirtschaftlichen Betrachtungsweise muss dringend der Klimaschutz angepackt werden. Wir verweisen auf das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes in Karlsruhe vom 29. April zur Generationengerechtigkeit beim Klimaschutz. In der Folge hat die Bundesregierung ihre Ziele nachgebessert. Ins Auge gefasst werden 65% CO₂-Minderung bis 2030, 88% bis 2040 und Klimaneutralität bis 2045. In Berlin wird beschlossen, aber die Kommunen müssen die Maßnahmen entwickeln und umsetzen. Dazu wollen wir Grüne mit diesem Antrag beitragen.

Informationen über Finanzierung und Fördermöglichkeiten:

Es gibt zurzeit kommunale 100% Finanzierungen der KfW im Nullzinsniveau der EZB (Europäische Zentralbank). Die KfW stellt Kommunen diese Strukturmittel für die kommunale Energiewende als Direktkredite zur Verfügung (ohne Bankenmarge), zu 0,00% Zinsen, aktuell sogar im Minus-Zinsbereich.

Insbesondere verweisen wir auf die folgenden KfW Programme:

- Programm 217 NEUBAU
- Programm 218 ALTBAU
- Programm 208 Erneuerbare Energien, Solaranlagen
- Programm 208 E-Mobilität

Zusätzlich stehen Zuschüsse für die aufgelisteten Programme zur Verfügung. Die Programme finden sich hier: www.kfw.de/218

Ab 1. Juli 2021 startet eine Neuauflage dieser Programme durch die neue Bundesförderung für effiziente Gebäude (BEG), die neben Krediten für Einzelmaßnahmen auch zusätzlich noch 5-50% Zuschüsse beinhalten. Informationen zu den Programmen finden sich hier: www.kfw.de/beg

Mit freundlichen Grüßen

Karina Hennecke
(für die GRÜNE Ratsfraktion)